

Sozialistische Bildungspolitik

Die Jahreshauptversammlung der Jusos Dithmarschen möge beschließen:

„Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden.“ - Karl Marx/Friedrich Engels

Wir Jusos wollen eine andere Bildungspolitik eine Bildungspolitik, die den Menschen nicht auf seine spätere Funktion als „Humankapital“ der Wirtschaft trimmt, sondern eine Politik die den Menschen zu einem kritischem und sozialen Wesen bildet.

Wir orientieren uns hierbei an unseren erfolgreichen Nachbarn im Norden. Wir wollen skandinavische Bildungspolitik auch in Deutschland durchsetzen, weil diese nachweislich besser und gerechter ist. Der Aufstieg durch Bildung, wie ihn Sozialdemokrat*innen seit jeher zu Recht fordern, ist abhängig von vielen Faktoren, die wir versucht haben in 4 allgemeinen Thesen zusammenzufassen. Eins ist jedoch allen gemein: Unsere Forderungen und das Ziel einer gerechten Bildungspolitik kostet zuerst einmal viel Geld und ist außerdem in einem gesellschaftlichen System, das automatisch Verlierer und Verliererinnen erzeugen muss, schwer umsetzbar.

Während das kapitalistische Bildungsverständnis die Aufrechterhaltung der Spaltung in soziale Klassen manifestiert und reproduziert sehen wir Bildung als Instrument zur freien Persönlichkeitsentfaltung und als Vehikel zur Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Bildungspolitik ist also eng verbunden mit der ungelösten sozialen Frage. Hier jedoch erst einmal unsere 4 Thesen zu guter, sozialdemokratischer Bildungspolitik:

Vorwort:

Das sozialdemokratische Verständnis von Bildung hält am Anspruch fest, dass die bestmögliche Entwicklung individueller Fähigkeiten und die Erziehung zu autonomen und vernünftigen Menschen das Ziel der Bildungspolitik bleiben muss. Bildung dient damit direkt und indirekt der Selbstverwirklichung und dem hohen Ideal der Aufklärung, verstanden als „den Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant).

Als Sozialdemokrat*innen können wir aber die Bildungspolitik nicht getrennt von gesellschaftlichen Zuständen sehen und stellen fest, dass Bildung oft mit Qualifikation gleichgesetzt wird, um bestehende Ungleichheiten „objektiv“ zu rechtfertigen. Bildung und Qualifikation sind aber mitnichten dasselbe und können sogar in einem konträren Verhältnis zueinander stehen. Für uns steht der aufklärerisch-emanzipatorische Aspekt von Bildung im Vordergrund unserer Betrachtungen.

These 1 – Verbesserung der Lernatmosphäre:

Das Umfeld der Lernenden, egal ob Schülerinnen und Schülern, Studierenden oder Auszubildenden, ist maßgeblich am Erfolg des/der einzelnen beteiligt. Ist das Lernumfeld eines Klassenverbandes prekär, verschlechtert sich meist auch die Leistung der Klassengemeinschaft. Um selbigem vorzubeugen, gilt es, mehr Lehrer*innen einzustellen um kleinere Klassen zu generieren. Diese Maßnahme allein entschärft etwaige Probleme unter den Lernenden und führt dazu, dass jede und jeder während der Schulzeit die Chance hat sich adäquat einzubringen. Die durch den demographischen Wandel ermöglichte Chance, mehr Lehrende pro SchülerIn zu verwirklichen, muss konsequent genutzt werden.

41 Außerdem sollte sich die SPD darum bemühen, pro Klasse eine oder einen Sozialpädagogen/in, zur
42 individuellen Betreuung von lernschwächeren oder –stärkeren Kindern, verbindlich festzuschreiben.
43 Gravierende Mängel an öffentlichen Bildungsstätten müssen behoben werden. Dies reicht von
44 Sanierungen alter Hörsäle bis zur Bereitstellung von Geldern für moderne Computer für Informatik bis
45 zum Ersatz alter und kaputter Sportgeräte.

46 Zur Verbesserung der Lernatmosphäre gehört unserer Meinung nach auch, dass die Schule ein Ort des
47 sozialen Kontakts und der eigenen Freizeitgestaltung wird. Es sollten sportliche, künstlerische,
48 musische und soziale Arbeitsgemeinschaften angeboten werden, um den Schüler*innen Möglichkeiten
49 zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu bieten. Für uns Jusos steht fest, dass das oft bemängelte
50 „abhängen“ Jugendlicher, steigender Drogenkonsum und der sogenannte „Verfall der Sitten“, an dem
51 sich gerade Konservative stören, darauf zurückzuführen ist, dass Jugendliche perspektivlos in ihre
52 Zukunft schauen und ihnen die Gesellschaft bestenfalls gleichgültig, oder sogar repressiv entgegentritt.
53 Auf dieser kritischen Analyse muss sozialdemokratische Bildungspolitik aufbauen und ein Programm
54 gesamtgesellschaftlicher und bildungspolitischer Alternative bieten. Dazu gehört unserer Meinung
55 nach auch ein bundeseinheitliches Schulsystem.

56 **These 2: Individualität und Bildung:**

57 Bildung ist Menschenrecht. Dieses Recht hat jedoch eine individuelle Natur, d.h. wird Bildung in
58 einem zu engen Rahmen erfahren, als Verengung eines ganzheitlichen Wissens auf einige wenige
59 Kernpunkte (z.B. Geschichte als Aneinanderreihung von geschichtlichen Daten). So stellt sich schnell
60 Ernüchterung bei den Lernenden ein. Lernen wird zur reinen „Büffelei“. Die SPD muss Maßnahmen
61 ergreifen und Ziele definieren die Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Studierenden ein
62 Höchstmaß an Individualität und Persönlichkeitsbildung im Bildungssystem zu sichern. Ein wichtiger
63 Schritt wäre in diesem Zusammenhang, dass die „Verschulung“ des Studiums, welche durch den
64 Bologna-Prozess begann, beendet wird. Gerade das Studium muss eine Phase kritischer
65 Auseinandersetzung mit Wissenschaft und ganzheitlichem Wissen bleiben. Ein Anfang könnte mit der
66 Abschaffung der Profileroberstufe gemacht werden. Menschen in ein Profil zu pressen passt nicht zur
67 Ethik sozialdemokratischer Bildungspolitik. Eine Rückkehr zum differenzierten Kurssystem erhöht die
68 persönliche Freiheit des/der einzelnen sich im Rahmen seiner/ihrer Neigungen fächerübergreifend zu
69 bilden. Außerdem ist in diesem Zusammenhang das sogenannte G8-Abitur abzulehnen. Hierbei soll
70 auf Kosten der Bildung zum selbstbestimmten Menschen die Ausbildung zum „Humankapital“ der
71 Wirtschaft forciert werden. Es gilt die „Ökonomisierung“ elementarer Menschenrechte zu verhindern
72 und ein Zeichen für emanzipativ-sozialdemokratische Bildungspolitik zu setzen!

73 Freiräume in Schulen können z.B. auch durch Demokratisierung gewonnen werden, d.h. mehr
74 Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Beteiligung an schulorganisatorischen und
75 unterrichtsrelevanten Themen. Die Bereitschaft von Lehrenden, Schüler*innen und Eltern sich in
76 schul- und bildungspolitischen Fragen einzubringen wird um so größer und motivierter sein, je weiter
77 der Rahmen ist und je gewichtiger die Inhalte sind, über die zu entscheiden ist. Das Ziel dabei soll
78 nicht eine Reihe von stündlichen Abstimmungen über Nichtigkeiten sein, sondern transparente
79 Einigungen herbei führen, mit der alle einverstanden sein können und deren kollektiver Nutzen im
80 Vordergrund steht. Schüler*innen sollen hierbei mehr Einfluss auf die Schulpolitik gewinnen und vom
81 Objekt staatlicher Verwaltung zu einem Subjekt bildungspolitischer Entscheidungen werden. Dafür
82 bedarf es aber z.B. auch grundlegender politischer Recht an den Schulen wie z.B. das Recht auf
83 Schulstreik!

84 Die Trennung von Kirche und Staat muss, gerade an Schulen, konsequent vollzogen werden.
85 Verbindlicher Religionsunterricht ist ebenso abzulehnen, wie das Anbringen konfessioneller Symbole
86 in Schulen und Klassenräumen.

87 **These 3: Kostenfreie Bildung und Chancengleichheit:**

88 Ein anderer Aspekt der Freiheit und Individualität im Bildungssystem ist die Chancengleichheit.
89 Derzeit wird dem deutschen Bildungssystem bescheinigt, dass es eines der sozial-selektivsten
90 Bildungssysteme weltweit ist. Für uns Sozialdemokrat*innen ist dies ein unhaltbarer Zustand! Bildung
91 darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängig sein. Deswegen ist es unerlässlich im Sinne sozialer
92 Gerechtigkeit, und auch im Anbetracht dessen, dass in Deutschland gut gebildete Fachkräfte fehlen,
93 auch ökonomisch dringend geboten, dass Bildungsblockaden abgebaut werden. Das heißt von der
94 Krippe bis zur Universität keinerlei Gebühren zu erheben. Insbesondere Studiengebühren gehören
95 bundesweit abgeschafft weil sie sich nachweislich negativ auf die Studienanfängerquote auswirken.
96 Desweiteren muss endlich wirkliche Lernmittelfreiheit garantiert werden, die auch für Kopierkosten
97 und Deutschbücher greift. Der BAföG-Satz muss dringend der Inflation angepasst werden, sowie
98 langfristig zu einer bedarfsdeckenden, eltern- und altersunabhängigen Studienfinanzierung mit
99 Vollzuschuss ausgebaut werden.

100 Die wichtigste kurzfristige Maßnahme um die Chancengleichheit deutlich zu erhöhen wäre die
101 Übernahme der Schulbeförderungskosten bis zur 13. Klasse. Dass eine Monatskarte für den Bus von
102 bis zu 60 Euro gerade Schüler*innen ärmerer Familien davon abhält, auf weiterführende Schulen zu
103 gehen, liegt auf der Hand, und fördert die soziale Polarisierung die auch immer eine Frage der Bildung
104 ist. Die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung die Schulbeförderungskosten zu privatisieren,
105 lehnen wir entschieden ab!

106 Nicht nur jeder Schüler, jede Schülerin und die Studierenden verdienen alle gleiche Chancen sondern
107 auch alle Auszubildenden. Ein wichtiger Schritt junge Menschen mittels Ausbildung ins Berufsleben
108 zu integrieren wäre eine Ausbildungsplatzumlage wie wir Jungsozialist*innen sie auf Bundesebene
109 schon lange fordern. Bei diesem Modell zahlen die Betriebe die gar nicht oder wenig ausbilden einen
110 Beitrag zu Gunsten der Betriebe die mehr Menschen ausbilden. Gerade der Mittelstand, der
111 überdurchschnittlich viel ausbildet, würde zu Ungunsten von Großunternehmen von dieser Maßnahme
112 profitieren.

113 Um Chancengleichheit aber wirklich herzustellen reichen diese Maßnahmen alleine nicht aus. Dafür
114 müsste sichergestellt werden, dass jeder Mensch nicht von vorneherein nach seinen „objektiven“
115 Fähigkeiten auf verschiedene Schulformen verteilt wird. Eine zu frühe Aufteilung hat schwere Folgen
116 für die Zukunft der Kinder, weil niemand bestimmen kann, wie sich der/die einzelne entwickeln wird,
117 zu einem großen Teil wird aus dieser Trennung nach „Fähigkeiten“ eine Trennung nach sozialer
118 Herkunft. Arbeiterkinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund leiden am meisten am
119 bestehenden System. Es herrscht offener Klassismus bei jenen, die versuchen, diese Praxis zu
120 rechtfertigen, und dies steht unserem Anspruch von Chancengleichheit diametral entgegen.

121 Deswegen fordern wir, auch wenn es auf viel Widerstand seitens bessersituierter Eltern stoßen wird,
122 die Abschaffung der Gymnasien und eine Schule für alle. Diese Schule hätte die Möglichkeit nicht von
123 vorneherein bessere Schülerinnen und Schüler in ihrer geistigen Entwicklung zu hemmen, wie es
124 derzeit andauernd auf allen Schulformen passiert, sondern könnte mittels Binnendifferenzierung auf
125 alle entsprechend ihrem Möglichkeiten einzugehen. Die Zentralisation der verschiedenen Schularten
126 macht die Verwaltung leichter, nimmt bürokratischen Druck von den Lehrenden und führt dazu, dass
127 bisher nicht gekannte Potenziale für die individuelle Förderung von lernschwächeren und -stärkeren
128 Schüler*innen freigesetzt werden. Die Gemeinschaftsschule ist, wenn sie gut ausgestattet und
129 gefördert wird, ein Erfolgsmodell. Erfahrungen aus Skandinavien zeigen dies mehr als deutlich, und
130 sollten selbst die hiesigen Konservativen zum Wohle aller von diesem Modell überzeugen.

131 Die Öffnung des Bildungssystems ist eine zentrale Voraussetzung, um die soziale Spaltung der
132 Gesellschaft zu bekämpfen. Es genügt jedoch keineswegs, hinreichend Durchlässigkeit und
133 Chancengleichheit herzustellen, da die sozioökonomische Verteilung von Macht und Einkommen
134 nicht hauptsächlich an Schulen und Hochschulen entschieden wird, sondern oftmals „vererbt“ wird.
135 Sozialistische Bildungspolitik kann langfristig nur zum Erfolg führen wenn auch das kapitalistische
136 Wirtschaftssystem mittels systemüberwindender Reformen angegriffen wird.

137 **These 4: Lebenslanges Lernen:**

138 Ein immer wichtiger werdender Punkt in einer älter werdenden Gesellschaft ist das lebenslange
139 Lernen. Hierfür müssen von staatlicher Seite Voraussetzungen geschaffen werden. Wichtigste Aufgabe
140 muss es sein, die große Zahl von Menschen ohne Schulabschluss wirkungsvoll dadurch zu bekämpfen,
141 dass selbigen angeboten wird, kostenfrei zumindest einen Hauptschulabschluss nachzuholen. Denn
142 Bildung ist immer noch der entscheidende Faktor für gesellschaftlichen Aufstieg.

143 Für Kinder aus prekären Familienverhältnissen ist es elementar, dass sie auf Angebote von
144 Ganztagschulen zurückgreifen können. Die Ganztagschule kann als ein Ort der Begegnung zwischen
145 Kindern aus unterschiedlichsten Elternhäusern wirken und fördert damit soziales Handeln, was vielen
146 Kindern derzeit systematisch verwehrt bleibt. Der soziale Kontakt kann die später oftmals
147 stattfindende Vereinzelung und Entfremdung verhindern.

148 Die Angebote für das lebenslange Lernen müssen deutlich verbessert werden. Um sie auch jedwedem
149 Menschen zugänglich zu machen sollte von staatlicher Seite darauf gedrungen werden z.B. VHS-
150 Kurse günstig oder kostenfrei anzubieten. Die Finanzierung der Bildungspolitik durch den Staat sollte
151 in diesem Zusammenhang schnellstmöglich auf den neuen lebenslangen Bildungsbegriff ausgeweitet
152 werden. Als Sozialist*innen sind wir naturgemäß der Ansicht, dass mehr Bildung im Interesse der
153 Allgemeinheit liegt und deswegen mit allen Mitteln zu fördern ist.

154 In diesem Zusammenhang werden wir uns auch weiterhin aktiv beim Projekt „Bildungsstreik
155 Dithmarschen“ einbringen und diesen unterstützen, um Druck auf die Politik auszuüben um eine
156 fortschrittliche, chancengleiche und gerechte Bildungspolitik durchzusetzen.